

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) Hugo Baumüller, Magdeburg, Verlag von Ernst & Sohn, Magdeburg-Neuhof. Druck von Franz Böttger, Magdeburg, Geschäftsstelle: Breitenweg 127. Redaktion: Breitenweg 127 (Eingang Scharfhorststraße). Geschäfts-Nachdruck Nr. 1867.

Prämienausgabe zahlbarer Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreisband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 Mk. Einzelne Nummern (einschl. der Postgebühren) 5 Pf. mit der Sonntagsbeilage Die Neue Welt 10 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7339.

Nr. 23.

Magdeburg, Freitag, den 28. Januar 1898.

9. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

## Der Monatswechsel

muß der Volksstimme wiederum eine Anzahl neuer Abonnenten zuführen. Mit jedem Tage rücken wir dem **Wahlkampf** näher, der mit dem größten Kräfteaufwande aller Parteien geführt werden wird. Jeder, der die politischen Vorgänge halbwegs verfolgt hat, weiß, was auf dem Spiele steht.

Zunächst handelt es sich um die Entscheidung über die **Weltmachtspolitik**, die im engsten Zusammenhange steht mit den **Flottenplänen**.

Dazu kommt der Ausbau unserer **Landmacht**, die Neuansrüstung und Vermehrung unserer **Artillerie**.

Und da wir schon bisher Milliarden haben **pumpen** müssen, giebt es nur den Ausweg **neuer kolossaler Anleihen** oder aber **neuer indirekter Steuern**!

Um gegen diese Pläne die Massen völlig wehrlos zu machen, versucht die in dem junkerlichen Weltwinkel sich aufbäumende Reaktion nunmehr noch die Streiks durch **draconische Strafen** zu erschweren, ja unmöglich zu machen; man versucht, die **gewerkschaftlichen Organisationen geradezu zu vernichten**! Zu dem berühmten Ausspruch, daß für die Arbeiter reichlich genug getan sei, ist nun auch noch der gekommen, daß die deutsche Regierung am Bündnis mit dem deutschen Unternehmertum keine englischen Zustände dulden will! **Frauen, Männer!** Seht also, wie unendlich viel vom Ausfall der nächsten, dicht bevorstehenden Reichstagswahlen abhängt! Deshalb heißt es, bei Zeiten an die Arbeit gehen. Euer schneidigstes Schwert ist aber die **Presse**, für Euch also die **Volksstimme**. Ihr führt neue Leier zu. —

## Bürgerliche Moral.

Das raffgierige Kapitalisten, selbst wenn sie im Golde wühlen können, auf alle nur mögliche Art ihren Profit zu vermehren trachten, ist eine bekannte Thatsache. Leute, die öffentlich von Moral riefen und sich gar nicht genug thun können in der Beschimpfung der „begehrlichen Arbeiter“, begannen sich nicht nur gegenseitig (wenn irgend möglich in „anständigen“ Formen), sondern in nichtsnutziger Weise gerade die Allgemeinheit, den Staat, indem sie Steuerhinterziehungen im Großen betreiben. Jetzt wird diese Schienenliddermoral einmal amtlich angeregelt durch die dem preussischen Landtage vorgelegte Strafkraft über die Steuer-Veranlagung in Preußen, welche als eine wertvolle Urkunde zur Kenntnis von der Moral der bürgerlichen Gesellschaft ausgesprochen werden darf.

Während durch ein ungerecht wirkendes indirektes Steuerwesen den Kernsten der Armen die Hunderte von Millionen genommen werden, mit denen die glorreichen herrschenden Klassen dem übertriebenen Militarismus und Marinismus huldigen; während die Summen und Komvagnie drauf und dran sind, mit neuen Knebelgesetzen die zahlenden und frohnehenden Heloten zu „kändigem“ oder zu „zerstückeltem“ während die Kulturaufgaben in der unerhörtesten Weise vernachlässigt werden; während man im Reichsparlament durch Paragraphen die „Sittlichkeit“ heben und reglementieren will; während alledem wird amtlich erwiesen, daß mindestens ein Drittel der in Preußen zur Einkommensteuer Veranlagten den Staat in der gemeinsten Weise hintergangen.

Beachtet man dabei, daß gerade die Kreise, denen diese Steuern entstammen, den allergrößten Vorteil von allen Staatseinrichtungen haben, daß die öffentlichen Gewalten unter ungeheuren Kosten fließend tätig sind, um ihr Eigentum, ihre Ruhe und ihre Sicherheit wendiglich mit Waffengewalt zu schützen; beachtet man ferner, wie die Vergehen gegen die „heilige Ordnung“ an ihren unglücklichen Opfern geahndet werden: dann wendet man sich mit Stolz und Bitterkeit von diesem Schauspiel neuer sinnlicher Verkommenheit ab.

Zu diesen scharfen Ausfällen steht die **Frankfurter Tagespost** sich veranlaßt nach dem Studium der ihr vorliegenden Statistik über die Steuer-Veranlagung, aus der zu erhellen ist, daß nicht weniger als 140763 unter den überhaner abgegebenen 424668 eine Veranlagung erfahren haben. Danach sind also 33,1 Prozent der angegebenen Erklärungen beanstandet worden. Im Verfolg dieser Veranhandlungen hat sich ein Mehr von rund 189,6 Millionen

Mark an Einkommen und ein Mehr an Steuern von 5 405 439 Mark ergeben. Diejenigen Steuerpflichtigen, deren Deklarationen beanstandet sind, würden nach Maßgabe ihrer Deklarationen nur insgesamt 22 990 071 Mark an Einkommensteuer zu zahlen gehabt haben, während sie infolge der Beanstandung zu 28 395 510 Mark Steuern herangezogen worden sind. Sie würden also, wenn ihre Erklärungen ohne Weiteres der Veranlagung zu Grunde gelegt worden wäre, um 23,5 Prozent der von ihnen deklarierten Summen zu niedrig besteuert worden sein. Die im Landtage vorgelegte Nachweisung macht außerdem darauf aufmerksam, daß ein Minderertrag an Staatssteuern **Mk. 5,4 Millionen** noch einen Minderertrag an **Kommunalsteuernzuschlägen** von etwa **Mk. 6—7 Millionen** zur Folge gehabt haben würde. Sehr auffallend ist die Verschiedenheit in Bezug auf den Umfang der Beanstandungen in den einzelnen Regierungsbezirken; während im Durchschnitt der Umfang der Beanstandungen im ganzen Staat 33,1 Prozent der Deklarationen beträgt, steigt im Regierungsbezirk **Doppeln** diese Ziffer auf 53,5, in **Gumbinnen** beträgt sie 47 Prozent, in **Bromberg** 48,1 Prozent, in **Marionverder** und **Rößlin** über 44 Prozent. **Berlin** liegt mit 30,2 Prozent im Durchschnitt. Am geringsten sind die Beanstandungen in **Wiesbaden** (22,3), **Hannover** (21,7) und **Dsnabrück** (19,9 Prozent).

Daraus ergibt sich, daß dort, wo die ungenügendsten preussischen Junker hausen, die schreiendsten Liebesgabenempfänger und Brotwucherer, berufene Stützen von Thron und Altar, die Unmoral am größten oder — die Kontrolle am schärfsten ist. Denn niemand wird annehmen dürfen, daß auch nur entfernt alle Steuerhinterziehungen geahndet worden sind. Es ist vielleicht nicht zu viel behauptet, wenn man sagt, daß die Hälfte bis zwei Drittel der in Preußen zur Einkommensteuer Verpflichteten (also so recht eigentlich die Bourgeoisie) in der gemeinsten Weise den preussischen Staat hintergangen hat. Und auch heute wohl wird der alte Dichter Recht haben, der sagte: *intra muros peccatur et extra, d. h. überall wird gefündigt!* —

## Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

In dem letzten Heft der Neuen Zeit wird treffend ausgeführt, daß **Klatsch und das Schreiben des Grafen Posadowsky** logisch zusammengehören, indem sich die Kapitalistenklasse ansieht, einen großen Fischzug zu thun, sucht sie die Arbeiterklasse zu knebeln, um gänzlich unbehelligt ihre Deute einzufaden zu können (Sozialistengesetz 1878, Schuggollara 1879). Das Schreiben des Grafen Posadowsky ist jenseitig preussisch-deutscher Regierungswissenschaft entlassen, der stets das Böse will und stets das Gute schafft. Die deutsche Sozialdemokratie ist dabei groß und mächtig geworden, und auch dieser neueste Genüßreich ihrer Todfeindin wird ihr neue Schaaeren werben. Hat Klatsch und Tausende schwacher Zwiehbürger umgeworfen, so wird Graf Posadowsky Hunderttausende beherzter Arbeiter, die bisher dem politischen Klassenkampf ihrer Klasse noch fern standen, auf die Beine bringen, wofür ihm unerschütterlich gedankt sei.

Die **Marinevorlage** kam auch in der bayerischen Abgeordnetenkammer bei Beratung des Eisenbahneratz zur Sprache, doch ohne daß neue Momente darin hervortraten. Es ist aber bezeichnend, daß, ebenso wie in preussischen Abgeordnetenhäusern Herr v. Maack, in der bayerischen Abgeordnetenkammer Herr v. Graßheim davor warnt, auf eine solche schnelle Steigerung der Einnahmen, wie sie in den letzten Jahren erfolgt ist, auch für fernere Zeiten zu rechnen und das Budget mit Ausgaben zu belasten, die nicht notwendig sind. Derart stellen in den Einzel-Landtagen die Minister die günstige Finanzlage als nichts weniger als dauernd hin, während umgekehrt im Reichstage zu Gunsten der Flottenvorlage der finanzielle Himmel allen Ministern voller Geigen hängt.

Herr v. Gerlach, der am 24. d. Mts. in **Benigsen** zu Gunsten der Kandidatur des **Warrers Naumann** sprach, konnte von einem **heimlichen Erlaß der Weimarer Kirchenbehörde** an die evangelische Geistlichkeit berichten. Die Kirchenbehörde hat es für gut befunden, schon jetzt in die Wahlbewegung einzugreifen und zwar gegen die nationalsozialistische Partei und gegen **Warrer Naumann**. In dem Erlaß werden die Geistlichen davor gewarnt, sich an der Agitation für die Nationalsozialisten zu beteiligen oder deren Interessen zu fördern. Weiter heißt es in dem Schreiben von **Warrer Naumann**, daß er zu Staat und Kirche eine zweifelhafte Stellung einnehme, seine Partei habe sich von den staats-erhaltenden Parteien losgelöst und nehme eine feindselige Stellung ein zur Kirche, zum Staat und zur Behörde. Der Erlaß ist in der **Westen- und Rheinischen Rundschau** sehr in ganz ungerechtfertigtem Verdacht

er ist ein guter Ordnungsmann. Ihm geschieht sicherlich tiefes Unrecht. Läßt er doch neuerdings sogar Flugblätter für die Flottenvorlage verbreiten. —

Herr **Thielen** hat jetzt wieder böse Tage in der gesamten deutschen Presse. In 24 Stunden 4 Unfälle, darunter zwei schwere, das ist selbst dem frommsten Philistergemüte zu viel. Zur guten Stunde wird eine kleine Geschichte bekannt, die das Sparamkeitssystem der Eisenbahnverwaltung in glänzender Beleuchtung zeigt: Der Lokomotivführer **Hofang** beförderte am 13. Dezember v. J. einen Güterzug von **Falkenberg** nach **Leipzig**. Zwischen den Stationen **Torgau** und **Mockrehna** bemerkte er, auf der Heizerseite stehend, einen Schienenbruch. Schnell entschlossen warf er den mehrere hundert Meter weiter arbeitenden Stopfkolonne einen Zettel mit seiner Wahrnehmung zu, worauf der gefährdete Zug gestillt, und die defekte Schiene ausgewechselt wurde. Diese Aufmerksamkeit des Lokomotivführers, welche eine Katastrophe glücklich abwandte, ist, wie schon an anderer Stelle erwähnt, **gilt mit 2 (zwei) Mark belohnt** worden. Hätte der Mann als Soldat seiner Instruktion gemäß auf einen von ihm verhafteten Ausreißer, der zu fliehen versucht, geschossen, so wäre er wahrscheinlich befördert worden, da er aber einige Zivilisten vor Tod oder Verkrüppelung bewahrt hat, so ist eine Summe von zwei Mark eine recht erhebliche Entschädigung. Nicht wahr? —

In **Danzig** verurteilte die Strafkammer den Polizeijergeanten **Samann** und den Nachtwächter **Haj** aus **Zoppot**, welche im Mai als Polizeibeamte gegen einige Leute **widerrechtlich eingeschritten** waren und einen Mann mit Säbeln schwer verletzt hatten, zu je einem Jahre Gefängnis. Wir fordern: **Schutz vor Schutzleuten**. —

## Nachrichten aus dem Ausland.

Der Staatsanwalt ersucht die französische Kammer um die Genehmigung der **Strafverfolgung** gegen den Sozialisten **Gerauld-Richard** und den Grafen **Bernis** wegen der in der Somabendsitzung begangenen Missethaten, die bekanntlich mit dem Faustschlag des edlen Grafen begonnen hat. **Zola** ladet für seinen Prozeß 104 Zeugen vor. —

In **Prag** tagte eine **Versammlung der Beschäftigungslosen**. Sie war von über 1000 Personen besucht. Die **Prager Grzeffe** und der nationale **Hader** wurden entschieden verurteilt und den sozialdemokratischen Reichsrats-Abgeordneten wurde Dank und Anerkennung ausgesprochen. Die Teilnehmer an der Versammlung verlangten Arbeit von der **Prager Stadtgemeinde**. Nach der Versammlung wollten sie vor dem Landtag demonstrieren. Die Sicherheitswache sprengte sie bei der Karlsbrücke auseinander. Einige Hundert gelangten doch bis in die Nähe des Landhauses, wo ein zweiter **Gordon** Polizisten sie zerstreute. —

Die **italienische Kammer** nahm am Dienstag ihre Arbeiten wieder auf. Die Sozialisten interpellierten sogleich über die Haltung der Regierung gegenüber der **Dortierung**, der **Arbeitsnot** und den dadurch veranlaßten **Ruhestörungen**. Der Ministerpräsident **di Rudini** erklärte, es handle sich um vereinzelte Krawalle, gestand jedoch zu, daß ihre Ausdehnung vom Süden bis zum Norden der Halbinsel und ihre Gleichzeitigkeit ernste Bedenken erregten. Die Regierung werde Gesetz und Ordnung entschlossen durchsetzen. Die Sozialisten suchten vergeblich eine Debatte zu eröffnen und beantworteten di Rudinis Hindernung auf diametrische Weise mit scharfen Ausfällen gegen den Reichstag der Regierung, die statt Hilfe nur Handfellen und Blei für die Hungernden habe. Die Sitzung wurde schließlich wegen Nichtbeschlußfähigkeit aufgehoben. —

In **Polen** bei **Gema** brachen **Unruhen** aus. Als die **Carabinieri** einen Trupp verhafteten, die gegen den Direktor der Baumwollspinnerei, **Centurione**, demonstrierte, und forttransportierten, suchte die Bevölkerung die Gefangenen zu befreien. Es entstand ein Tumult und das Militär gab Feuer. Fünf Demonstranten wurden verwundet, zwei tödlich. Wie wunderbar doch überall das Militär das Unheil schürt; denn deren Rüstung und Annäherung ist die Ursache dieser Unruhen zuzuschreiben. —

Für die russische Artillerie ist die möglichst schnelle Einführung moderner **Schnellfeuergeschütze** beschlossen. Die Herstellung erhalten die inländischen Staatsfabriken. Welcher Staat folgt? Bekanntlich eröffnete Deutschland den **Rügen**. —

Im **Kuba** brachten die **Missionen** bei **Pueblas** einen Eisenbahzug mittels **Dynamit** in die Luft. Ein Sergeant wurde getötet, 16 Soldaten wurden verwundet. Bei einer anderen ebenfalls von den **Missionen** ins Werk gesetzten Explosion wurden zwei Soldaten getötet und fünf verletzt. —







bereit und die Ausständigen mit geringeren Streitgelbern zufrieden wären. Die verbesserten Bedingungen wären jedoch zu günstige, um eine Verschärfung des Kampfes gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Nehmen die Arbeiter, dem Räte ihres Komitees folgend, die neuen Bedingungen an, so werden am 31. Januar sämtliche Fabriken gleichzeitig wieder geöffnet.

Der Gewerksverein der Maschinenbauer kann mit Stolz auf seine Verteidigung der Trade Union-Rechte gegen einen Verband von 700 Firmen zurückblicken, und mit Recht läßt der Daily Chronicle nicht unbemerkt, daß vor allen Dingen die opferwillige Hilfe der kontinentalen Arbeiter dazu beigetragen hat, den englischen Genossen diesen Kampf zu ermöglichen. Es ist kein Zufall, daß das Ende dieses gewaltigen Streiks in die Geburtsstunde eines mächtigen Trade Union-Verbandes fällt, welcher ganz von selbst industrielle Kämpfe von solchem Umfange für die Zukunft unmöglich machen und einem zukünftigen Angriff auf die Rechte der Trade Unions den Charakter eines wahnsinnigen Unternehmens geben wird.

## Gerichtliche Urteile.

### Landgericht Magdeburg.

Der Arbeiter August Koch, geboren 1870, der Arbeiter Karl Koch, geboren 1873, der Former Otto Koch, geboren 1877, und der Ziegeleiarbeiter Gustav Claudius, geboren 1877, zu Barleben, kamen in der Nacht zum 30. August 1897 vor einem Tanzvergnügen im „Deutschen Kaiser“ und griffen auf der Dorfstraße gemeinschaftlich einen Fleischer an, den sie mit den Fäusten schlugen. Der Gerichtshof verurteilte wegen Mißhandlung August Koch in Anbetracht der Vorstrafen zu 4 Monaten, die übrigen Angeklagten zu je 6 Wochen Gefängnis.

Zu nichtöffentlicher Sitzung wurde wegen Kuppelrei verurteilt: der Schiffer Max Hahnwald hier, geb. 1870, zu 4 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

### Verchiedenes.

In einem neuen **Varrison-Prozesse** ist Redakteur Otto vom Kriß vom Schöffengericht Düsseldorf freigesprochen worden. Er hatte im Artist Produktionen à la Varrison als „Unzucht“ bezeichnet. Das Schöffengericht erklärte, die Entkleidungsscene gehöre in kein Variété, deshalb müsse man die wahren Artisten schützen, daß die unlauteren Elemente von den Bühnen verdrängt werden. Otto habe ein gutes Werk gethan und nicht nur den Artisten, sondern auch allen aufständigen Leuten genützt. — Zu seiner Verteidigung hatte (wie uns aus Düsseldorf berichtet wird) Redakteur Otto die Artikel der Magdeburger Volksstimme angezogen. Wir freuen uns, zu der Freisprechung dieses wackeren Mannes beigetragen zu haben.

## Zum Wahlkampf.

Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei in Magdeburg hat zum 31. Januar und 1. Februar je eine **Wahlagitationsversammlung** arrangiert. Wir verweisen auf die diesbezügliche Anzeige in heutiger Nummer und erwarten von unseren Genossen und Genossinnen eine rege mündliche Agitation.

Ueber die politische Lage und die Reichstagswahlen sprach Montag abend in einer vom Wahlkomitee einberufenen Volksversammlung der Reichstagskandidat des Wahlkreises Magdeburg, Genosse Wilh. Pfannkuch-Berlin. Trotz des sehr ungünstigen Wetters hatten sich im Friedrichs-lust-Saale etwa 500 Personen eingefunden. Sie lauschten den trefflichen Worten des Referenten mit großer Aufmerksamkeit und unterbrachen ihn des öfteren durch Beifallskundgebungen. Der Redner beschäftigte sich in interessanter Weise mit der Inlandpolitik und zog hierbei alle Ereignisse in Betracht, welche die arbeitende Bevölkerung berühren. Namentlich besprach er die Debatten bei Beratung des Titels: Reichsamt des Innern im Reichstage. Redner konstatierte im allgemeinen einen Stillstand in der Sozialreform und kennzeichnete die Posadowsky'schen Ausführungen als eine Abgabe an die organisierte Arbeiterkraft. Auch die Stumm'sche Rede berücksichtigte Pfannkuch und rügte die Äußerung Stumm's über das Einkommen eines Arbeiters von 1500 Mark in das rechte Licht. Hierbei ging er auf die Berechnung der Begehrlichkeit der Arbeiter ein. Besondere Beachtung schenkte Pfannkuch dem „vertraulichen“ Erlaß Posadowsky's in Sachen der Verkümmernng des Vermögensgesetzes. Die Reaktion sei an der Arbeit. Die Flotte soll vergrößert, die Steuern erhöht, aber das Koalitionsrecht verkümmert werden! Da sei es Pflicht der Arbeiter, auf Kosten zu sein und zu wachsen. — Dem Redner wurde solcher Beifall zu teil. In der Diskussion trat ein der freisinnigen Volkspartei angehörender Herr der Genossen Pfannkuch: wie er bezw. seine Partei sich bei Stichwahlen zu anderen Parteien stelle. Pfannkuch antwortete: das Verhalten der Sozialdemokratie anderen Parteien gegenüber sei genau festgelegt. Wenn bei einer Stichwahl die Sozialdemokratie dem Ausschlag gibt und ein Kandidat der freisinnigen Volkspartei einem anderen bürgerlichen Kandidaten gegenübersteht, dann erhält der freisinnige die sozialdemokratischen Stimmen, sobald er die Garantie gibt, sich nicht gegen die Verkümmernng des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts und der Koalitionsfreiheit zu wenden. Wir führen den Kampf sachlich; sollten die Gegner das nicht thun, haben auch wir grobe Keile. Hierauf fand folgende Resolution Annahme:

Die heute in Friedrichslust tagende öffentliche Volksversammlung erwiderte sich mit den Ausführungen des Referenten. Genosse Pfannkuch dankte für die Kandidatur des Genossen Pfannkuch bei der bevorstehenden Reichstagswahl an. Der Vorsitzende des Wahlkomitees gab noch bekannt, daß alle Wahlkomitees dem Magdeburger Wahlkomitee je ein Exemplar der aaronischen Flugblätter überreichen sollen.

## Nachrichten aus Magdeburg.

Die **Prüfung in der französischen Deputiertenkammer** wird von der Magdeburger Zeitung bildlich dargestellt. Nach dieser Darstellung liegt unser Genosse Jaurès mit dem Oberkörper auf dem Rednerpult und läßt sich geduldig von dem größten Haispökel prüfen. Zum Ueberflus hält Jaurès den Kopf in beiden Händen, wodurch der Anschein erweckt wird, unser Genosse weiche dem Schläger aus. In Wahrheit haben sich die Dinge wie folgt abgespielt: Präsident Brisson ergreift seinen Hut und verläßt seinen Sitz. Jaurès, sehr ruhig, etwas blaß, bleibt auf der Tribüne mit untergeschlagenen Armen und sieht nach der Richtung der Bank. Da klettert Graf Bernis von rechts blitzschnell auf die Tribüne, nachdem er den Quisler, der ihn zurückhalten will, seit Seite gestochen hatte. Jaurès, der ihm den Rücken zugeht, sieht ihn nicht kommen. Bernis verfehlt Jaurès mit rasender Wut von hinten einen Faustschlag aufs Auge. Dann stürzt er wieder ebenso schnell die Stufen der Tribüne herab. Jaurès ist zuerst verblüfft von dem tödlichen Angriff, zurückgewichen, und fährt mit der Hand nach der getroffenen Stelle. Er faßt sich rasch und stellt sich fest auf die Tribüne. Totenbläß, mit hinfelnden Augen spricht er. So die Frankfurter Zeitung. Danach ist die bildliche Darstellung der Prüfungsszene rein aus der Luft gegriffen.

Die **fleißigen Mittelstandspolitiker**. Unter dieser Stichmarke wird uns aus Berlin geschrieben: Die antisemitische Reichstagsfraktion scheint nunmehr eingesehen zu haben, daß die Vertretung der Mittelstandsinteressen, wie sie der Abg. Vielhaben durch fortwährende Abwesenheit in der Justizkommission und der Militärreformkommission seit Monaten treibt, nicht ganz ausreichend ist. Sie hat dem pflichtgetreuen Mitgliede deshalb den Laufpaß für seine kommissionstätigkeit gegeben und ihn durch den ebenso trefflichen Pastor Zscharnt ersetzt. Aber auch dieser Mittelstandsvertreter scheint über parlamentarischen Fleiß seine eigenen Anschauungen zu haben. Er faßt die ehrenvolle Aufgabe, die ihm zu teil geworden, so auf, daß er ungehäumt den Kommissionsarbeiten fernbleibt. Die Rettung des Mittelstandes liegt in der That in den zuverlässigsten Händen.

Im **General-Anzeiger** lesen wir: „Wie der Herrscher in Deutschland über den Parteien steht, so steht er auch über deren Zwistigkeiten und Kämpfen. Die Treue zu dem angekommenen Herrscherhause, die monarchische Gesinnung ist nicht das Monopol einer Partei, sie ist allen gemein, die sich als Deutsche fühlen. Und deshalb verstimmt am heutigen Tage, wie kampfgemut auch sonst das unantastbare Recht der eigenen, freien Meinung verfochten wird, der heilige Kampf der Parteien.“ Der General-Anzeiger eine — „eigene, freie Meinung“. Wer lacht da? Er wagt ja nicht einmal zu untersuchen, ob seine Behauptung richtig ist: Der Herrscher steht über den Zwistigkeiten und Kämpfen der Parteien. Wir erinnern das Blatt an die Äußerungen des Herrschers über etwelche Beischlässe des Reichstags (Ablehnung der Beglückwünschung des Fürsten Bismarck; Ablehnung der Marinevorlage); wir erinnern das Blatt an die Äußerungen des Herrschers über den Brotwucher (Antrag Kautz); wir erinnern das Blatt an die Äußerungen des Herrschers über die Bewegung der Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten. Da sind wir doch ehrlicher. Wir fordern dem Herrscher das Recht zu, sich in die Streitigkeiten und den Kampf der Parteien zu mischen, wünschen aber auch eine freimütige Kritik unsererseits. Auf die wackelhafte Haltung des General-Anzeigers kann gar nicht oft genug aufmerksam gemacht werden.

Bei der **Donnerstag** früh von einigen Militärkapellen gespieltene Revue waren die von denselben zu passierenden Straßen vollständig für den Verkehr gesperrt. Den Militärkapellen voran ritten zwei Schutzeleute, die jedes Fahrverbot inhibierten, dann folgte ein Glied Infanteristen (12 Mann) mit geschultertem Gewehr. Rechts und links der Militärkapellen marschierte dicht am Fußgehung wiederum Militär; geschlossen wurde der Zug von einem bewaffneten Schutzmänn. Die Militär- und Polizeimacht wurde durch dieses Bild recht hübsch veranschaulicht.

Als im **Vorjahre** die Kesselschmiede der Metallwerke vorm. J. Abers, Neustadt, eine Lohnforderung stellten, wurden bald darauf zwei Arbeiter plötzlich entlassen. Diese Thatsache wurde seiner Zeit in der Volksstimme gerügt. Dem Herrn Direktor war dies nicht lieb. Er ließ die fünf Arbeitervertreter zu sich rufen. Als er seine Äußerungen über die Artikel der Volksstimme beendet, sagte er u. a. er wünsche derartige Artikel nicht wieder. Bei ihm schien es festzustehen, daß einer der fünf Personen den Artikel der Volksstimme veranlaßt hatte. Und da vier der Vertreter Kirch-Dunderianer waren, fiel auf den fünften Arbeiter ein umso größerer Schein des Verdachts. Dieser fünfte Arbeitervertreter ist nun kürzlich entlassen worden. Der Entlassung ging ein scharfer Wortwechsel mit einem Meister voraus, da der Arbeiter nicht gewillt war, sich alles bieten zu lassen. Die Kündigung erfolgte durch einen Jungenen. So mancher Arbeiter der Fabrik ist aber der Meinung, der Entlassung lägen tiefere Ursachen zu Grunde. Bemerkenswert ist, daß der Entlassene fünf Jahre in der Fabrik thätig war, daß er in seiner Arbeit den an ihn gestellten Forderungen stets gerecht geworden ist.

Der **Restaurateur** Wilhelm Schulz hier, Jagelochsberg 2, ist von der Stadtverordneten-Versammlung zum **stellvertretenden Bezirksvorsteher des 12. Altstädter Bezirks** gewählt worden und hat die Wahl angenommen.

Der **„Gesindeball“** im Fürstehof hat der Penionskasse deutscher Bühnengedehörter 2500 Mark eingebracht. Ein hübsches Stimmchen.

In der **Ergangischen Maschinenfabrik** verunglückten zwei Personen. Dem Schlosser Köster fiel ein Winkelstein auf den Fuß und verletzte diesen, und der Lehrling Kunze rüß sich Grad in die Hand. Beide sind jetzt arbeitsunfähig und befinden sich in ärztlicher Behandlung.

Das **Dienstmädchen** Michalina R. hat sich beim Heruntergehen von der Treppe im Hause ihrer Herrschaft eine **Verletzung** des rechten Fußgelenks zugezogen. — Die Witwe Marie H. bekam einen **Schwindelanfall** und fiel vom Stuhl, wobei sie eine Kopfverwundung erlitt. Beide Verletzten haben in der altschadischen Krankenanstalt Aufnahme gefunden.

Der **Schreiftisler** Fritz W. ist in einer Buchdruckerei in die Maschine geraten, wobei ihm ein **Finger weggerissen** wurde. — Die Anzeigerin Ida R. ist ebenfalls in einer Buchdruckerei mit der linken Hand in die Maschine geraten und hat sich den **Mittelfinger abgequetscht**. Die Verletzten mußten ärztliche Hilfe in der altschadischen Krankenanstalt in Anspruch nehmen.

Der **Arbeiter** Karl B. aus Sudenburg ist auf dem Buchauer Bahnhof durch einen Erdbeutisch verunglückt worden und hat dadurch einen **Oberleibesbruch** davon getragen. — Der Arbeiter Bernhard D. aus Osterleben ist am 23. im Hause Sudenburg, Breitenweg 110, von der Treppe gefallen und hat einen **Rippenbruch** erlitten. Beide fanden Aufnahme in der Sudenburger Krankenanstalt.

## Die reichsten Leute.

Ueber den Vermögensstand der reichsten Leute in Preußen giebt, wie wir einer Zusammenstellung der Freisinnigen Zeitung entnehmen, die dem preussischen Abgeordnetenhaus mitgeteilte Statistik der preussischen Einkommen- und Ergänzungssteuer-Veranlagung für 1897/98 folgende Auskunft:

Mit dem größten Vermögen (wie im vorigen Jahr 215 Millionen) ist wieder **Roßschild** in Frankfurt a. M. zur Ergänzungssteuer herangezogen. Dann folgt **Krupp** mit 128 Millionen Mark. Sein Vermögen ist im Jahresverlauf um 7 Millionen gewachsen. Er war 1896/97 mit 121 Millionen und im Jahr vorher mit 118 Millionen zur Ergänzungssteuer veranlagt. **Roßschild** verheiratete 1895/96 208 Millionen Vermögen. Sein Einkommen berechnet für 1897/98 Krupp um 2 Millionen höher als **Roßschild**, wie

sich aus der Veranlagung zur Einkommensteuer ergibt. **Roßschild** begnügt sich nun schon seit drei Jahren mit einem Einkommen von „über 6 bis 7 Millionen Mark“, **Krupp's** Geschäft aber floriert, daß er, der im Jahr vorher „über 7 bis 8 Millionen“ Einkommen versteuerte, jetzt seine Einkünfte auf „über 8 bis 9 Millionen“ berechnet.

In erheblichem Abstände folgen auf die beiden **Nabobs** **Krupp-Roßschild** zwei Schlesier: ein Breslauer Landbewohner mit einem Vermögen von 85 Millionen (im Vorjahr 83 Millionen) und ein Duppelner Landbewohner mit 64 Millionen (im Vorjahr 61 Millionen) Vermögen. Ein anderer Duppelner Landbewohner bewertet sein Vermögen auf 59 Millionen (2 Millionen mehr als im Vorjahr). Der reichste Magdeburger Landbewohner war im Vorjahr mit 33 Millionen Vermögen zur Ergänzungssteuer herangezogen, für 1897/98 mit nur 26 Millionen. Ihn hat jetzt der reichste Stäbter im Regierungsbezirk Münden überflügelt, der im Vorjahr 29, 1897/98 aber 32 Millionen Vermögen besteuert. Einem Vermögen von 27 Millionen Mark erfreuen sich ein Kasseler und ein Bewohner des Regierungsbezirks Trier (Stumm?), jener rechnet mit dieser mit 2 Millionen mehr als im Vorjahr, beide aber gleichmäßig mit einem Einkommen von „über 2 bis 3 Millionen Mark“.

Im Einkommen folgt auf **Krupp** mit 8 bis 9 Millionen Mark **Roßschild** mit über 6 bis 7 Millionen Mark, dann ein Duppelner mit 3 Millionen, und darauf 4 Kröpffe mit 2 Millionen: ein Breslauer, ein Kasseler, ein Duppelner und ein Trierer. Ein Einkommen von über eine bis 2 Millionen versteuern 28 Personen, 8 mehr als im Vorjahre.

Die Zahl der Millionäre hat sich von 5212 auf **5440** Personen vermehrt.

Und nun die Rehrseite! Bei einer Bevölkerung von 31849116 Personen sind steuerfrei geblieben **2195738** Personen (21058150 im Vorjahre), weil sie nicht über 900 Mark jährliches Einkommen haben. Auf beiden Seiten ein „Fortschritt“: Reichtum und Armut nehmen zu.

## Nachrichten aus der Provinz.

**Arnstadt** h. Mägersl. (Schadenfeuer.) Eine mit Frachten gefüllte Scheune, ein Holz- und ein Kohlenstall des Dekanaten Berner wurden ein Raub der Flammen.

**Burg.** (Mißo der Arbeit.) Ein hiesiger Malergehilfe stürzte auf dem Truppenübungsplatz vom Gerüst des neu erbauten Kasinogebüdes. Da der Sturz aus beträchtlicher Höhe erfolgte, erlitt der Maler schwere innere Verletzungen und mußte per Krankenford nach dem hiesigen Krankenhaus gebracht werden.

**Burg.** (Sittlichkeitsverbrecher.) Der aus Rimschen gebürtige Arbeiter Fr. Obromeit ist wegen eines Sittlichkeitsverbrechens verhaftet worden. Er ist 23 Jahre alt.

**Calbe a. d. S.** (Erwisch.) Der aus dem Gefängnis entprungene Lappet ist auf der Straße nach Nienburg verhaftet worden.

**Rad Kösen.** (Totgeköllt.) Beim Heimrücken stürzte der Knacht Jacob aus Kreislich vom Pferde, erlitt einen Schädelbruch und starb.

**Nordhausen.** (An Schred gestorben.) Der hier an der Nordhausen-Vernigeröder Eisenbahn beschäftigte Schaffner Josef Kurowski ist, als er vorgestern nachmittag gegen 1/2 Uhr in der Nähe der Haltestelle Altenhof von einem Kießzug fcl, an Schred gestorben.

## Nachrichten aus dem Reiche.

**Danzig.** (Blutthat.) Bei einem Streite in einem Tanzlokal haben zwei Gesahrer den Arbeiter Harder erstickt und einen anderen Arbeiter lebensgefährlich verletzt.

**Freiberg.** (Mord.) In Großboitzberg wurde ein Mord verübt. Als Täter wurde ein Cigarrenmacher verhaftet.

**München.** (Gehelpolizist erstickt.) Nach dem Berliner Tageblatt ist in der Nacht zum Mittwoch auf offener Straße in München ein Gehelpolizist erstickt worden.

**Sainichen.** (Ein es loszuwerden.) Bürgerliche Blätter berichten: Am Sonntag Vormittag stieß in Niederrossau eine Dienstmagd ihr achtjähriges Söhnchen, um es loszuwerden, in ein im Walde befindliches 4 Meter tiefes Wasserloch. Nach längerer Zeit wurde es dem Kinde möglich, aus der Grube herauszuklettern. Die Magd wurde verhaftet.

**Sölln.** (Explosion.) Dienstag Abend erfolgte in der Eintrachtstraße in einem Handschuh-Reinigungsgechäft eine Benzin-Explosion. Viel Schaden wurde angerichtet. Die Frau des Besitzers erlitt tödliche Brandwunden. Auch Arbeiterinnen wurden schwer verletzt.

## Kleine Chronik.

Wie die Danziger Zeitung berichtet, ist bei Bohnsack der schwedische Schooner **Rajaden** gestrandet. Derselbe war mit Holz aus Danzig auf der Fahrt nach Rügen und geriet in Sturm. Kapitän und Steuermann wurden in bewußtlosem Zustande an Land getrieben und fanden sich die Aufnahme bei den Bewohnern. Der Rest der aus fünf Mann bestehenden Besatzung ist ertrunken. — Auf der Höhe von Vornegat ist der Dampfer **Tillie** gescheitert. Derselbe führte eine Freibergener nach Rügen, hatte 2 Tonnen Dynamit, 3 Dynamitgeschütze und viel Munition an Bord. Vier Mann der Besatzung ertranken. Der Untergang soll auf Verrat beruhen. — Ein mit gefohlenen 100 000 Gulden flüchtig gewordener Gutsvorwalter aus Pech wurde in Kopenhagen verhaftet.

## Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

**Sudenburg.** Samstagabend findet in der 36sten Bierhalle eine öffentliche Versammlung der **Fabrik-, Land-, Olls-, Arbeiter- und Arbeiterinnen** statt. Wie aus der Anzeige bekannt, referiert Genosse **Brech-Dannover** über: Das Koalitionsrecht der Arbeiter und dessen Gegner. Das ist ein Thema, das gerade in der Jetztzeit interessieren und zum Besuch der Versammlung Anlaß geben dürfte.

## Letzte Nachrichten.

**Berlin.** Der Streik der **Schuhmacher** ist Dienstag abend in einer von über 1000 Personen besuchten Versammlung im **Schweizergarten** proklamiert worden.

**Burgstädt.** In der Buchhandlung des Parteigenossen **Reichert** wurde am Montag eine **Handsuchung** nach dem **Corvianischen Massenpiegel** vorgenommen. Es sind 26 Bände dieser Schrift beschlagnahmt worden.

**Sölln.** Die Weber und Weberinnen der Kömischen Baumwollmanufaktur streiken wegen Lohnherabsetzung.

**Eine Verschlechterung des Landtagswahlrechts** wird in Andolstadt geklagt. Dem Landtage des Fürstentums ist ein Gesetzentwurf über Abänderung des Wahlrechts







bereit und die Ausständigen mit geringeren Streitgeldern zufrieden wären. Die verbesserten Bedingungen wären jedoch zu günstige, um eine Verschärfung des Kampfes gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Nehmen die Arbeiter, dem Rats ihres Komitees folgend, die neuen Bedingungen an, so werden am 31. Januar sämtliche Fabriken gleichzeitig wieder geöffnet.

Der Gewerksverein der Maschinenbauer kann mit Stolz auf seine Verteidigung der Trade Union-Rechte gegen einen Verband von 700 Firmen zurückblicken, und mit Recht läßt der Daily Chronicle nicht unbekannt, daß vor allen Dingen die opferwillige Hilfe der kontinentalen Arbeiter dazu beigetragen hat, den englischen Genossen diesen Kampf zu ermöglichen. Es ist kein Zufall, daß das Ende dieses gewaltigen Streiks in die Geburtsstunde eines mächtigen Trade Union-Verbandes fällt, welcher ganz von selbst industrielle Kämpfe von solchem Umfange für die Zukunft unmöglich machen und einem zukünftigen Angriff auf die Rechte der Trade Unions den Charakter eines wahnsinnigen Unternehmens geben wird.

## Gerichtliche Urteile.

### Landgericht Magdeburg.

Der Arbeiter August Koch, geboren 1870, der Arbeiter Karl Koch, geboren 1873, der Former Ditto Koch, geboren 1877, und der Biegeleiarbeiter Gustav Claudius, geboren 1877, zu Warleben, kamen in der Nacht zum 30. August 1897 von einem Tanzvergnügen im „Deutschen Kaiser“ und griffen auf der Dorfstraße gemeinschaftlich einen Fleischer an, den sie mit den Fäusten schlugen. Der Gerichtshof verurteilte wegen **Mißhandlung** August Koch in Anbetracht der Vorstrafen zu 4 Monaten, die übrigen Angeklagten zu je 6 Wochen Gefängnis.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde wegen **Ruppelrei** verurteilt: der Schiffer Max Hahnwald hier, geb. 1870, zu 4 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

### Verstorbene.

In einem neuen **Harrison-Prozesse** ist Redakteur Otto vom Artift vom Schöffengericht Düsseldorf freigesprochen worden. Er hatte im Artift Produktionen à la Harrison als „Unzucht“ bezeichnet. Das Schöffengericht erklärte, die Entkleidungsscene gehöre in kein Variété, deshalb müsse man die wahren Artisten schützen, daß die unlauteren Elemente von den Bühnen verdrängt werden. Otto habe ein gutes Werk getan und nicht nur den Artisten, sondern auch allen ausländigen Leuten genützt. — Zu seiner Verteidigung hatte (wie uns aus Düsseldorf berichtet wird) Redakteur Otto die Artikel der Magdeburger Volksstimme angezogen. Wir freuen uns, zu der Freisprechung dieses wackeren Mannes beigetragen zu haben.

## Zum Wahlkampf.

Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei in Magdeburg hat zum 31. Januar und 1. Februar je eine **Wahlagitatio** n s v e r s a m m l u n g a r a n g i e r t. Wir verweisen auf die diesbezügliche Anzeige in heutiger Nummer und erwarten von unseren Genossen und Genossinnen eine rege mündliche Agitation.

Ueber die politische Lage und die Reichstagswahlen sprach Montagabend in einer vom Wahlkomitee einberufenen Volksversammlung der Reichstagskandidat des Wahlkreises Magdeburg, Genosse Wilh. Pfannkuch-Berlin. Trotz des sehr ungünstigen Wetters hatten sich im Friedrichs-Lust-Saale etwa 500 Personen eingefunden. Sie lauschten dem trefflichen Worten des Referenten mit großer Aufmerksamkeit und unterbrachen ihn des öfteren durch Beifalls- und Kundgebungen. Der Redner beschäftigte sich in interessanter Weise mit der Inlandpolitik und zog hierbei alle Ereignisse in Betracht, welche die arbeitende Bevölkerung betreffen. Namentlich besprach er die Debatten bei Beratung des Titels: Reichsamt des Innern im Reichstage. Redner kontroversierte im allgemeinen einen Stillstand in der Sozialreform und kennzeichnete die Posadowsky'schen Ausführungen als eine Abjage an die organisierte Arbeiterschaft. Auch die Stumm'sche Rede berücksichtigte Pfannkuch und rügte die Neuzerlegung Stumm's über das Einkommen eines Arbeiters von 1500 Mark in das rechte Licht. Hierbei ging er auf die Berechtigung der Begehrlichkeit der Arbeiter ein. Besondere Beachtung schenkte Pfannkuch dem „vertraulichen“ Erlaß Posadowsky's in Sachen der Verkümmerung des Vereinsgesetzes. Die Reaktion sei an der Arbeit. Die Flotte soll vergrößert, die Steuern erhöht, aber das Koalitionsrecht verkümmert werden! Da sei es Pflicht der Arbeiter, auf Kosten zu sein und zu machen. Dem Redner wurde großer Beifall zu teil. In der Diskussion fragte ein der weisungsvollen Volkspartei angehöriger Herr den Genossen Pfannkuch: wie er bezw. seine Partei sich bei Stichwahlen zu anderen Parteien stelle. Pfannkuch antwortete: das Verhalten der Sozialdemokratie anderen Parteien gegenüber sei genau festgelegt. Wenn bei einer Stichwahl die Sozialdemokratie den Ausschlag giebt und ein Kandidat der freisinnigen Volkspartei einem anderen bürgerlichen Kandidaten gegenübersteht, dann erhält der freisinnige die sozialdemokratischen Stimmen, sobald er die Garantie giebt, sich stets gegen die Verkümmerung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts und der Koalitionsfreiheit zu wenden. Wir führen den Kampf sachlich; sollten die Gegner das nicht thun, haben auch wir grobe Reize. Hierauf fand folgende Resolution Annahme:

Die heute in Friedrichs-Lust-Saale öffentliche Volksversammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten, Genossen Pfannkuch, einverstanden und hält es für Pflicht eines jeden Sozialdemokraten, die Standhaftigkeit des Genossen Pfannkuch bei der Bekämpfung des Wahlrechts zu unterstützen.

Der Vorsitzende des Wahlkomitees gab noch bekannt, daß alle Wahlkomitees dem Magdeburger Wahlkomitee je ein Exemplar der obenstehenden Flugblätter zu übersenden sollen.

## Nachrichten aus Magdeburg.

Die **Beitragel** in der französischen Deputiertenkammer wird von der Magdeburger Zeitung bildlich dargestellt. Nach dieser Darstellung liegt unser Genosse Jaurès mit dem Oberkörper auf dem Reiterpult und läßt sich geduldig von dem gräßlichen Hallunken prügeln. Zum Ueberflus hält Jaurès den Kopf in beiden Händen, wodurch der Ansehnlichkeit erwehrt wird, unser Genosse weiche dem Schläger aus. In Wahrheit haben sich die Dinge wie folgt abgepielt: Präsident Brisson ergreift seinen Hut und verläßt seinen Sitz. Jaurès, sehr ruhig, etwas blaß, bleibt auf der Tribüne mit untergeschlagenen Armen und sieht nach der Richtung der Linken. Da klettert Graf Bernis von rechts hübsch schnell auf die Tribüne, nachdem er den Guiffier, der ihn zurückhalten will, bei Seite gestoßen hatte. Jaurès, der ihm den Rücken zugekehrt, sieht ihn nicht kommen. Bernis verfehlt Jaurès mit rasender Wut von hinten einen Faustschlag aufs Auge. Dann stürzt er wieder ebenso schnell die Stufen der Tribüne herab. Jaurès ist zurecht verblüfft von dem tätlichen Angriff, zurückgewichen, und stützt mit der Hand nach der getroffenen Stelle. Er faßt sich rasch und stellt sich fest auf die Tribüne. Totenblau, mit funkeln Augen spricht er: „So die Frankfurter Zeitung. Daran ist die bildliche Darstellung der Prügelescene rein aus der Luft gegriffen.“

Die **fehligen Mittelstandsblätter**. Unter dieser Stichmarke wird uns aus Berlin geschrieben: Die antijohannische Reichstagsfraktion scheint nunmehr eingesehen zu haben, daß die Vertretung der Mittelstandsinteressen, wie sie der Abg. Vielhaben durch fortwährende Abwesenheit in der Justizkommission und der Militärstrafprozessreformkommission seit Monaten kreibt, nicht ganz ausreichend ist. Sie hat dem pflichtgetreuen Mitgliede deshalb den Laufpaß für seine Kommissionsfähigkeit gegeben und ihn durch den ebenso treulichen Pastor Jestrup ersetzt. Aber auch dieser Mittelstandsvertreter scheint über parlamentarischen Fleiß seine eigenen Ansammlungen zu haben. Er faßt die ehrenvolle Aufgabe, die ihm zu teil geworden, so auf, daß er ungefümt den Kommissionsarbeiten fernbleibe. Die Rettung des Mittelstands liegt in der That in den zuverlässigsten Händen.

In **General-Anzeiger** lesen wir: „Wie der Herrscher in Deutschland über den Parteien steht, so steht er auch über deren Zwistigkeiten und Kämpfen. Die Treue zu dem angefallenen Herrscherhause, die monarchische Gesinnung ist nicht das Monopol einer Partei, sie ist allen gemein, die sich als Deutsche fühlen. Und deshalb verkommt am heutigen Tage, wie damals auch noch das unantastbare Recht der eigenen, freien Meinung verfochten wird, der heftige Kampf der Parteien.“ Der General-Anzeiger eine „eigene, freie Meinung“. Wer laßt da? Er wagt ja nicht einmal zu unteruchen, ob seine Behauptung richtig ist: Der Herrscher steht über den Zwistigkeiten und Kämpfen der Parteien. Wir erinnern das Blatt an die Aeußerungen des Herrschers über welche Beschlässe des Reichstags (Ablehnung der Beglückwünschung des Fürsten Bismarck; Ablehnung der Marinevorlage); wir erinnern das Blatt an die Aeußerungen des Herrschers über den Brotwucher (König Rantzi); wir erinnern das Blatt an die Aeußerungen des Herrschers über die Bewegung der Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten. Da sind wir doch ehrlicher. Wir sichern dem Herrscher das Recht zu, sich in die Streitigkeiten und den Kampf der Parteien zu mischen, wünschen aber auch eine freimüthige Kritik unsererseits. Auf die maßlose Haltung des General-Anzeigers kann gar nicht oft genug aufmerksam gemacht werden.

Bei der Donnerstag früh von einigen Militärkapellen gespielten Revulle waren die von denselben zu passierenden Straßen vollständig für den Verkehr gesperrt. Den Militärkapellen voran ritten zwei Schützen, die jeder Fahrverkehr inhibierten, dann folgte ein Orchester (12 Mann) mit geschuldetem Geheire. Rechts und links der Militärkapellen marschirte dicht am Fußsteig entlang wiederum Militär; geschlossen wurde der Zug von einem berittenen Schutzmann. Die Militär- und Polizeimacht wurde durch dieses Bild recht hübsch veranschaulicht.

Als im Vorjahre die Kesselschmiede der Metallwerke vorm. J. Aders, Reustadt, eine Lohnforderung stellten, wurden bald darauf zwei Arbeiter plötzlich entlassen. Diese Thatsache wurde seiner Zeit in der Volksstimme gerügt. Dem Herrn Direktor war dies nicht lieb. Er ließ die fünf Arbeitervertreter zu sich rufen. Als er seine Aeußerungen über die Artikel der Volksstimme beendete, sagte er u. a., er wünsche derartige Artikel nicht wieder. Bei ihm schien es festzustehen, daß einer der fünf Personen den Artikel der Volksstimme veranlaßt hatte. Und da vier der Vertreter Kirch-Dunderdianer waren, fiel auf den fünften Arbeiter ein umso größerer Schein des Verdachts. Dieser fünfte Arbeitervertreter ist nun kürzlich entlassen worden. Der Entlassung ging ein scharfer Wortwechsel mit einem Meister voraus, da der Arbeiter nicht gewillt war, sich alles bieten zu lassen. Die Kündigung erfolgte durch einen Ingenieur. So mancher Arbeiter der Fabrik ist aber der Meinung, der Entlassung liegen tiefere Ursachen zu Grunde. Bemerk sei, daß der Entlassene fünf Jahre in der Fabrik thätig war, daß er in seiner Arbeit den an ihn gestellten Forderungen stets gerecht geworden ist.

Der Restaurateur Wilhelm Schulz hier, Jagloschberg 2, ist von der Stadtverordneten-Versammlung zum **stellvertretenden Bezirksvorsteher des 12. Stadtbezirks** gewählt worden und hat die Wahl angenommen.

Der „**Gefindeball**“ im Fürstenhof hat der Pensionskasse deutscher Bühnengedehrig 2500 Mark eingebracht. Ein hübsches Sümachen.

In der **Ergangenen Maschinenfabrik** verunglückten zwei Personen. Dem Schlosser Köster fiel ein Winkelstein auf den Fuß und verletzte diesen, und der Lehrling Kunze riß sich Grad in die Hand. Beide sind jetzt arbeitsunfähig und befinden sich in ärztlicher Behandlung.

Das Dienstmädchen Michaelina K. hat sich beim Heruntergehen von der Treppe im Hause ihrer Herrschaft eine **Verfrachtung** des rechten Fußgelenks zugezogen. Die Witwe Marie H. bekam einen **Schwindelfall** und fiel vom Stuhl, wobei sie eine Kopfverwundung erlitt. Beide Verletzten haben in der althändischen Krankenanstalt Aufnahme gefunden.

Der Schriftfeger Fritz W. ist in einer Buchdruckerei in die Maschine geraten, wobei ihm ein **Finger** a b g e s e h n e t wurde. Die Anleglerin Ida K. ist ebenfalls in einer Buchdruckerei mit der linken Hand in die Maschine geraten und hat sich den **Mittelfinger abgequetscht**. Die Verletzten müßten ärztliche Hilfe in der althändischen Krankenanstalt in Anspruch nehmen.

Der Arbeiter Karl B. aus Sudenburg ist auf dem Sudener Bahnhof durch einen Erdstich verdrückt worden und hat dadurch einen **Obersehenbruch** davon getragen. Der Arbeiter Bernhard D. aus Ebersleben ist am 23. im Hause Sudenburg, Breitenweg 110, von der Treppe gefallen und hat einen **Rippenbruch** erlitten. Beide fanden Aufnahme in der Sudenburger Krankenanstalt.

## Die reichsten Leute.

Ueber den Vermögensstand der reichsten Leute in Preußen giebt, wie wir einer Zusammenstellung der freisinnigen Zeitung entnehmen, die dem preussischen Abgeordnetenhaus mitgeteilt wurde, Statistik der preussischen Einkommen- und Ergänzungsteuer-Veranlagung für 1897/98 folgende Auskunft:

Mit dem größten Vermögen (wie im vorigen Jahr 215 Millionen) ist wieder Rothschild in Frankfurt a. M. zur Ergänzungsteuer herangezogen. Dann folgt Krupp mit 125 Millionen Mark. Sein Vermögen ist in Preußen mit 7 Millionen gewachsen. Er war 1896/97 mit 121 Millionen und im Jahr vorher mit 118 Millionen zur Ergänzungsteuer veranlagt. Rothschild versteuerte 1895/96 20, Krupp 18, Millionen. Sein Einkommen berechnet für 1897/98 Krupp um 2 Millionen höher als Rothschild, wie

sich aus der Besanlagung zur Einkommensteuer ergibt. Rothschild begnügt sich nun schon seit drei Jahren mit einem Einkommen von „über 6 bis 7 Millionen Mark“, Krupp's Gehalt aber floriert, daß er, der im Jahr vorher „über 7 bis 8 Millionen“ Einkommen versteuerte, jetzt seine Einkünfte auf „über 8 bis 9 Millionen“ berechnet.

In erheblichem Abstände folgen auf die beiden Nobels Krupp-Rothschild zwei Schleier: ein Breslauer Landbewohner mit einem Vermögen von 85 Millionen (im Vorjahr 83 Millionen) und ein Döpneler Landbewohner mit 64 Millionen (im Vorjahr 61 Millionen) Vermögen. Ein anderer Döpneler Landbewohner bewertet sein Vermögen auf 59 Millionen (2 Millionen mehr als im Vorjahr). Der reichste Magdeburger Landbewohner war im Vorjahr mit 33 Millionen Vermögen zur Ergänzungsteuer herangezogen, für 1897/98 mit nur 26 Millionen. Ihn hat jetzt der reichste Städter im Regierungsbezirk Münster überflügelt, der im Vorjahr 29, 1897/98 aber 32 Millionen Vermögen besteuert. Eines Vermögens von 27 Millionen Mark erfreuen sich ein Kasseler und ein Bewohner des Regierungsbezirks Trier (Stumm?), jener rechnet mit einer, dieser mit 2 Millionen mehr als im Vorjahr, beide aber gleichmäßig mit einem Einkommen von „über 2 bis 3 Millionen Mark“.

Im Einkommen folgt auf Krupp mit 8 bis 9 Millionen Mark Rothschild mit über 6 bis 7 Millionen Mark, dann ein Döpneler mit 3 Millionen, und darauf 4 Krösche mit 2 Millionen: ein Breslauer, ein Kasseler, ein Döpneler und ein Trierer. Ein Einkommen von über eine bis 2 Millionen versteuern 28 Personen, 8 mehr als im Vorjahre.

Die Zahl der Millionäre hat sich von 5 212 auf 5 440 Personen vermehrt.

Und nun die Rehrseite! Bei einer Bevölkerung von 81 849 116 Personen sind steuerfrei geblieben 21 195 738 Personen (21 058 150 im Vorjahre), weil sie nicht über 900 Mark jährliches Einkommen haben. Auf beiden Seiten ein „Fortschritt“: Reichtum und Armut nehmen zu.

## Nachrichten aus der Provinz.

Uerstadt b. Merschl. (Schadensfeuer.) Eine mit Früchten gefüllte Scheune, ein Holz- und ein Kohlenstall des Dehnomen Berner wurden ein Raub der Flammen.

Burg. (Mißo der Arbeit.) Ein hiesiger Malergehilfe stürzte auf dem Tuppenübungsplatz vom Gerüst des neu erbauten Kasinogebäudes. Da der Sturz aus beträchtlicher Höhe erfolgte, erlitt der Maler schwere innere Verletzungen und mußte per Krankenfort nach dem hiesigen Krankenhaus gebracht werden.

Burg. (Sittlichkeitsverbrecher.) Der aus Kimschen gebürtige Arbeiter Fr. Öbromeit ist wegen eines Sittlichkeitsverbrechens verhaftet worden. Er ist 23 Jahre alt.

Salze a. d. E. (Erwischt.) Der aus dem Gefängnis entlassene Appelt ist auf der Straße nach Merseburg verhaftet worden.

Süd Kösen. (Totgekört.) Beim Gelmrück stürzte der Knecht Jacob aus Kreisvitzsch vom Pferde, erlitt einen Schädelbruch und starb.

Nordhausen. (Au Schred gestorben.) Der hier an der Nordhausen-Wernigeröder Eisenbahn beschäftigte Schaffner Josef Kurowski ist, als er vorgestern nachmittag gegen 1/2 Uhr in der Nähe der Haltestelle Mienthor von einem Kesszug fiel, an Schred gestorben.

## Nachrichten aus dem Reiche.

Danzig. (Blutthat.) Bei einem Streite in einem Tanzlokale haben zwei Seesaher den Arbeiter Harder erstickt und einen anderen Arbeiter lebensgefährlich verletzt.

Freiberg. (Mord.) In Großvoigtsberg wurde ein Mord verübt. Als Thäter wurde ein Cigarrenmacher verhaftet.

München. (Scheimpolizist erstickt.) Nach dem Berliner Tageblatt ist in der Nacht zum Mittwoch auf offener Straße in München ein Scheimpolizist erstickt worden.

Hainichen. (Um es loszumachen.) Bürgerliche Blätter berichten: Am Sonntag Vormittag stieß in Niederrossau eine Dienstmagd ihr achtjähriges Schwestern, um es loszumachen, in ein im Walde befindliches 4 Meter tiefes Wasserloch. Nach längerer Zeit wurde es dem Kinde möglich, aus der Grube herauszuklettern. Die Magd wurde verhaftet.

Köln. (Explosion.) Dienstag Abend erfolgte in der Eintrachtstraße in einem Handschuh-Reinigungsgeschäft eine Benzol-Explosion. Viel Schaden wurde angerichtet. Die Frau des Besitzers erlitt tödliche Brandwunden. Auch Arbeiterinnen wurden schwer verletzt.

## Meine Chronik.

Wie die Danziger Zeitung berichtet, ist bei Bohnsack der schwedische Schoner Majaden gesunken. Derselbe war mit Holz aus Danzig auf der Fahrt nach Rügen und geriet in Sturm. Kapitän und Steuermann wurden in bewußtlosem Zustande an Land getrieben und fanden liebevolle Aufnahme bei den Bewohnern. Der Rest der aus fünf Mann bestehenden Besatzung ist ertrunken. — Auf der Höhe von Bornegat ist der Dampfer Tullie gesunken. Derselbe führte eine Freireisende nach Kuba, hatte 30 Tonnen Dynamit, 3 Dynamitgeschütze und viel Munition an Bord. Vier Mann der Besatzung ertranken. Der Untergang soll auf Verrat beruhen. — Ein mit gestohlenen 100 000 Gulden flüchtig gewordener Gutsherwaller aus Pest wurde in Kopenhagen verhaftet.

## Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

Sudenburg. Sonnabend abend findet in der Zerbster Bierhalle eine öffentliche Versammlung der **Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen** statt. Wie aus der Anzeige bekannt, referiert Genosse Dreh-Dannover über: Das Koalitionsrecht der Arbeiter und dessen Gegner. Das ist ein Thema, das gerade in der Jetztzeit interessieren und zum Besuch der Versammlung Anlaß geben dürfte.

## Letzte Nachrichten.

Berlin. Der Streit der **Schuhmacher** ist Dienstag abend in einer von über 1000 Personen besuchten Versammlung im Schweizergarten proklamiert worden.

Burg. In der Buchhandlung des Parteigenossen Reichelt wurde am Montag eine **Dausmachung nach dem Corvinischen „Pfeifenblat“** vorgenommen. Es sind 26 Hefen dieser Schrift beiläufiglich worden.

Köln. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kölnischen Baumwollweberei streiken wegen Lohnherabsetzung.

Eine **Verfälschung des Landtagswahlrechts** wird in Andolstadt geplant. Dem Landtage des Fürstentums ist ein Geheimgewinn über Veränderung des Wahlrechts







## Ein Gesetz zum Schutze der Bau- schwindler.

Der Reichs-Anzeiger veröffentlicht einen Gesetzentwurf betreffend die Sicherung der Bauforderungen. Damit ist die reichsgesetzliche Regelung einer Frage in Angriff genommen, welche für die Bauarbeiter von größter Wichtigkeit ist, und mit der die organisierten Arbeiter sich schon wiederholt beschäftigt haben.

In der Enquete über die Mißstände im Baugewerbe, welche die Gewerkschaften veröffentlicht haben, ist auch auf die Schädigung der Arbeiter infolge der schwindlerischen Manipulationen der Baupfandanten hingewiesen worden. Die Sachlage ist klar: Infolge der Spekulation werden Bauten ausgeführt von Leuten, die nicht im entferntesten Sicherheit für die geschäftliche Solidität des Unternehmens bieten. Die Folge sind zahlreiche Krache: in den 9 Jahren 1886 bis 1894 kamen 1745 Bauten zur Substantiation, bei welchen über 37 Millionen Mark Hypotheken ausfielen. Die Folge der Krache aber ist, daß viele Millionen Mark an Arbeitslöhnen von den verfrachteten Unternehmern nicht gezahlt werden. Die schlimmste Gefahr besteht dabei für die Arbeiter in dem Zwischenunternehmerum: Der Zwischenunternehmer hat oft noch Unteraccordanten hinter sich, sogenannte „Kolonnenführer“, welche im Accord arbeiten lassen. Die Arbeiter werden mit kleinen Abschlagszahlungen solange als möglich hingehalten, und, wenn die Arbeit gethan, ist auf einmal die Zahlungsunfähigkeit da. Es ist gerichtlich festgestellt, daß ganze Unternehmen oft von vornherein mit der Absicht, die Arbeiter um ihren sauer verdienten Lohn zu pressen, begonnen wurde.

In Anbetracht dieser Zustände beschäftigte sich der neunte deutsche Maurerkongress mit der Frage der Sicherung des Pfandrechts an die Gewerbetreibenden und Arbeiter, welche damals gerade im Schwunge war infolge der Gesetzgebung gegen den „unlauteren Wettbewerb“. Der Kongress kam zu dem Schlusse, daß durch ein Pfandrecht wohl die selbständigen Bauhandwerker geschützt werden, was durchaus zu billigen ist, daß aber damit den Interessen der Arbeiter durchaus nicht gedient sei. „Die Arbeiter“, heißt es in der gefaßten Resolution, „dürfen zwar Erfüllung ihrer Ansprüche aus geleisteter Arbeit nicht auf unständliche und langwierige gerichtliche Prozeduren angewiesen sein, wie sie die Erledigung pfandrechtlicher Ansprüche mit sich bringt.“

Kurz vor Erledigung des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Reichstage nahm auch der Ausschuß des Berliner Gewerbegerichts Stellung zu der Frage und richtete nach eingehenden Beratungen Anträge an den Bundesrat, welche folgende Bestimmungen bezweckten: 1. Für die Lohnforderung der Arbeiter haftet im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (Kolonnenführers, Zwischenunternehmers) der Bauherr und im Falle dessen Zahlungsunfähigkeit der Baugeldgeber. 2. Die Zwischenunternehmer haften sämtlich solidarisch. Man hoffte, das Bürgerliche Gesetzbuch würde in dem Teil, der vom Vertragsrecht der Arbeiter handelt, auch hierüber Bestimmungen enthalten. Die Regierung dachte aber anders: die Vorschläge der Sozialdemokraten nach dieser Richtung wurden abgewiesen, und man vertritt die Arbeiter mit dem Versprechen, ein Spezialgesetz würde die Sache regeln. Das richtige Wort zur Kenntnis der Sachlage fand Genosse Stadthagen, als ein Antrag Wassermanns zur Beratung stand, welcher auf Sicherung der Forderungen der Handwerker und Bauarbeiter abzielte. „Die Frage bedarf dringend der Regelung, oder das Reich erklärt, daß es nicht im Stande ist, die werkschätigen Arbeiter vor dem greulichsten Schwindel zu schützen.“ Man müsse auf die wirtschaftlichen Ursachen des Übels zurückgehen, dann werde sich der Weg, um den Umzug zu steuern, leicht finden. Das Berliner Gewerbegericht hat anfangs Erfolg gehabt, indem es die Härtekeit der Strohmannen abgelehnt und die wirklichen Schwindler zur Verantwortlichkeit gezogen hat. Dann kamen aber die gelehrten Richter und stießen die Urteile um, indem sie die wohlbekannteste Weisheit zum besten gaben, die Arbeiter können sich die Folgen eines Abschlusses mit bloßen Subunternehmern selbst zuzuschreiben.

So der Verlauf der Sache. Jetzt liegt der Entwurf zu dem versprochenen Spezialgesetz vor. Sein Inhalt bekräftigt die Worte des sozialdemokratischen Redners: der Staat erklärt sich außer Stande, die Arbeiter vor dem allergreulichsten Schwindel zu schützen!

Der Entwurf zielt darauf ab, ein Pfandrecht für Handwerker und Bauarbeiter zu statuieren. Dieses bezieht sich auf das Baumerk, nicht auf das Grundstück. Die Bestimmungen sind folgende: Vor Beginn des Baues hat der Eigentümer des Grundstücks den sogenannten Baupfandanten einzutragen zu lassen, d. h., er hat anzuzeigen, daß das Grundstück bebaut wird, und hat den Wert der Baustelle anzugeben. Dieser Wert soll nicht willkürlich sein, sondern die Feststellung desselben soll gesetzlich geregelt werden durch Landesgesetz oder Verordnungen. Der gleichzeitig veröffentlichte Entwurf für Preußen zieht hierzu ordnungsgemäße „Baupfandanten“ vor, welche für den Bezirk einen Einheitsfuß für den Quadratmeter Bodens festsetzen, oder, wenn der Eigentümer es verlangt, das Grundstück in bezüglichen abtheilen. Der so festgestellte Wert wird in das Grundbuch eingetragen, und es soll die Forderung des Baupfandanten bei jeder unter allen Umständen den Vorrang haben. Erst nach ihr kommen die Forderungen der Baupfandanten, d. h. eben der Bauhandwerker und Arbeiter. Binnen einer Frist von 6 Monaten können diese ihre Forderungen bei dem

Grundbuchamt geltend machen. Die Anmeldung derselben ist aber nur wirksam, wenn der Eigentümer einwilligt. — Wie bemerkt, ist die Gesetzgebung nicht einheitlich: schon die Art der Wertbemessung ist der Landesgesetzgebung vorbehalten, außerdem aber soll nicht jeder Bau unter diese Bestimmung fallen: Es soll jedesmal durch Verordnungen bestimmt werden, auf welche Gemeinden oder Teile von Gemeinden sie anzuwenden ist. Es wird also bezweckt, nur Gemeinden herbeizuziehen, in welchen infolge der regen Bauhäufigkeit die Gefahr der Spekulation für die Handwerker beginnt. Umbauten fallen gar nicht in den Bereich des Gesetzes.

Schon das kennzeichnet den Entwurf. Erstens werden die meisten Bauhandwerker und Arbeiter niemals wissen, ob das Gesetz in gegebenen Falle anzuwenden ist oder nicht, zweitens liegt eine frasse Unkenntnis der Spekulationsmachenschaften vor. Gerade die Eigentümer der Baustellen sind die eigentlichen Spekulanten und sie brauchen am allerwenigsten geschützt zu werden. Dadurch, daß man von neuem ihre Forderungen sicher stellt, leitet man der Spekulation Vorschub. Wir haben an dieser Stelle bereits einmal die Vorgänge bei der Spekulation beschrieben und können jetzt nur mit ein paar Worten darauf eingehen. Gewöhnlich ist der Baupfandant der Seele der Spekulation. Der eigentliche Bauunternehmer hat vielfach weder Geld zum Kauf des Grundstücks, noch zum Ausführen des Baues. Den Baupfand erhält er ohne Zahlung, während der Eigentümer sich durch Hypothek sichert; das erste Baugeld erhält er entweder von einem dritten Spekulanten, dem „Baugeldgeber“, oder von dem Eigentümer selbst — auch das wird, sobald als irgend möglich, durch Hypothek gesichert — dann werden weitere Schulden gemacht, unter anderem die Schulden bei den Handwerkern und Arbeitern, und schließlich ist noch ein Käufer zu finden, der den Krempel zahlt.

Indem nun der Entwurf in allererster Linie den Baupfandanten, den ursprünglichen Spekulanten schützt, begünstigt er gerade diese Zustände. Die Wertbemessung durch „Baupfandanten“ wird der Preistreiberei sicher keinen Einhalt thun, denn dieselben werden natürlich von den Grundeigentümern selbst gewählt werden, die Schöffen werden die größten Spekulanten werden, und so wird die Spekulation gewissermaßen eine staatliche Sanftion erhalten und desto üppiger ins Kraut schießen.

Nun kommt das Wesentliche für uns: „Voraussetzung für die Sicherung der Bauforderung ist, daß die Handwerker oder Arbeiter ihre Verträge mit dem Eigentümer oder einem von diesem Beauftragten abschließen. Ein Abkommen mit Zwischenunternehmern berechtigt nicht zum Eintragen eines Pfandrechts.“ Das ist dieselbe profunde Weisheit, welche jetzt die gelehrten Richter die Urteile des Berliner Gewerbegerichts umstießen hieß: Der Arbeiter hat sich die Folgen eines Vertrages mit Zwischenunternehmern selbst zuzuschreiben. So denkt der weise Gesetzgeber. Der Arbeiter, und ebenso der Handwerker, muß aber mit dem Zwischenunternehmer übereinstimmen, weil der Hauptpfandant ihn dazu zwingt, und wieder ist der Entwurf nur dazu angethan, dieses Verhältnis zu befestigen: Der Eigentümer wird, um dem Eintragen der Forderung zu entgegen, jetzt erst recht die Arbeit an Zwischenunternehmer, an „Kolonnenführer“ vergeben und wird den Arbeitern und Handwerkern sagen: die Sache geht mich nichts an, wendet euch an den K. Daraus nicht eingehen kann der Arbeiter nicht, denn er muß Arbeit haben, er muß auf die Bedingung eingehen. Er weiß es vielleicht, daß er einem Schwindler in die Hände läuft, aber er ist gezwungen, die Bedingungen dieses Schwindlers anzunehmen, wenn er nicht arbeitslos bleiben will, und nun kommt der Staat und giebt dem Schwindler die Möglichkeit, erst recht den Schwindel zu betreiben.

So sieht dieser Entwurf aus, auf den man die Arbeiter mit ihren anerkannt berechtigten Forderungen vertritt hat.

Die Sachliche Arbeiter-Zeitung, der wir diesen Artikel entnehmen, hält es für unbedingt notwendig, daß die organisierten Bauarbeiter und die klassenbewußten Arbeiter überhaupt Stellung zu diesem Entwurf nehmen, Protest gegen ihn einlegen und der Regierung das Wortum ihres ausgezeichneten Misstrauens aussprechen. —

## Parlamentarische Nachrichten. Aus den Kommissionen.

In der Reichstagskommission für die Militär-Strafgerichtsdordnung wurde am Dienstag die Beratung bei § 47 fortgesetzt, der je nach den verschiedenen Rangstufen der Angeklagten die fünf Offiziere bestimmen, welche außer dem Kriegsgerichtsrat das Kriegsgericht bilden. Abg. Gröber (Centr.) beantragte folgenden Zusatz: „Die zur Bildung des Kriegsgerichts erforderlichen Offiziere werden vom Gerichtsherrn alljährlich vor dem Beginn des Geschäftsjahres für die Dauer desselben als ständige Richter bestellt. Für die gleiche Dauer sind ständige Stellvertreter zu bezeichnen.“ Generallieutenant von Viebahn erwidert um Ablehnung des Antrags, welcher dem Prinzip der Ständigkeit zu weitgehend Rechnung trage und damit in das Gefüge des militärischen Dienstes während eingreife. Abg. Wassermann (marit.) beantragte folgenden Zusatz: „Die Vernichtung der Offiziere als Richter erfolgt nach einer vorher festzustellenden Reihenfolge, von der nur im Ausnahmefalle Umgang genommen werden darf.“ Generallieutenant von Viebahn erklärt, vorbehaltlich redaktioneller Fassung sei die Militärverwaltung in der Lage, diesem Antrage zuzustimmen. Die hierauf folgende Abstimmung ergiebt die Ablehnung des Antrages Gröber

und die einstimmige Annahme des Antrages Wassermann. Die §§ 48 bis 77 werden, nach Ablehnung einiger sozialdemokratischer Anträge, unverändert angenommen. § 78 lautet in der Regierungsvorlage: „Die Senate beschließen und entscheiden in der Besetzung von vier militärischen und drei juristischen Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden“. Abg. Gröber beantragt die Besetzung durch drei militärische und vier juristische Mitglieder. Generallieutenant von Viebahn erklärt sich gegen den Antrag. Es würden alsdann die Fälle von ausschließlich militärischem Charakter einer Mehrheit von juristischen Elementen zur Entscheidung anheimgegeben. Darunter würde die Disziplin leiden können. Abg. Gröber: Es scheint fast, als erachte man in Regierungskreisen die Juristen als nicht vertrauenswürdig, trotzdem dieselben doch auch den militärischen Geist durchaus in sich aufgenommen haben. Minister v. Gopler entgegnet, von einem Mißtrauen könne keine Rede sein, es handle sich vielmehr nur um die Beobachtung praktischer Grundsätze. Bei der Abstimmung wird der Antrag Gröber gegen die Stimmen der Konservativen angenommen, ebenso die Anträge Gröber zu den §§ 81 und 82 (Reihenfolge bei den Abstimmungen und Verteilung der Geschäfte unter die Senate) als Konsequenzen des vorigen Beschlusses. — § 89 lautet: „Sind einem Gerichtsherrn mehrere Kriegsgerichtsräte zugeordnet, so kann durch die oberste Militärjustizverwaltungsbehörde einzelnen der Amtssitz außerhalb des Garnisonsorts des Gerichtsherrn angewiesen werden“. Abg. Gröber beantragt als Absatz 1 folgende Bestimmung voranzugehen zu lassen: „Vor dem Beginn des Geschäftsjahres werden von der obersten Militärjustizverwaltungsbehörde für die Dauer desselben die Oberkriegsgerichtsräte und Kriegsgerichtsräte, welche als Richter bei dem erkennenden Gericht mitzuwirken haben, sowie für den Fall ihrer Verhinderung die regelmäßigen Vertreter derselben bestimmt.“ Der Antrag wird nach längerer Debatte mit Stimmengleichheit abgelehnt. Dafür stimmen Centrum, Freisinnige, Sozialdemokraten; dagegen die beiden konservativen Parteien und die Nationalliberalen. § 91 lautet: „Die Oberkriegsgerichtsräte und die Kriegsgerichtsräte haben, soweit sie nicht als Richter bei den erkennenden Gerichten mitwirken, den Anordnungen des Gerichtsherrn Folge zu leisten. Die im Laufe des Verfahrens ergehenden Entscheidungen und Verfügungen des Gerichtsherrn sind, soweit das Gesetz nicht ein anderes bestimmt, außer von diesem auch von einem richterlichen Militärjustizbeamten zu unterzeichnen. Letzterer übernimmt dadurch die Mitverantwortlichkeit für die Gesetzmäßigkeit. Hält derselbe eine Anordnung oder Verfügung mit den Gesetzen oder den sonst maßgebenden Vorschriften nicht vereinbar, so hat er dagegen Vorstellung zu erheben. Bleibt diese erfolglos, so hat er der Weisung des Gerichtsherrn zu entsprechen, den Hergang jedoch aktenkundig zu machen. Die Akten sind demnächst von dem Gerichtsherrn dem Reichsmilitärgericht vorzulegen.“ Ein Antrag Frohne und Gen., der die Oberkriegsgerichtsräte und die Kriegsgerichtsräte bei der Ausübung richterlicher Tätigkeit von den Anordnungen des Gerichtsherrn für unabhängig erklären und im Falle des Widerspruches eines Militärjustizbeamten gegen eine Verfügung des Gerichtsherrn den Fall durch den Gerichtsherrn und zwei Kriegsgerichtsräte entschieden wissen will, wird abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag Gröber angenommen, der dem zweiten Absatz des Paragraphen in seinem zweiten Teile folgende Fassung giebt: „Hält der Militärjustizbeamte eine Anordnung oder Verfügung des Gerichtsherrn mit den Gesetzen oder den sonst maßgebenden Vorschriften nicht vereinbar, so hat er dagegen Vorstellung zu erheben. Bleibt diese erfolglos, so hat er der Weisung des Gerichtsherrn, welcher alsdann allein die Verantwortung trägt, zu entsprechen, den Hergang jedoch aktenkundig zu machen. Die Akten sind unverzüglich von dem Gerichtsherrn dem Reichsmilitärgericht zur rechtlichen Beurteilung der Sache vorzulegen. Auf Grund dieser Beurteilung ist die Entscheidung zu treffen.“ — Die §§ 105 bis 108 passieren ohne wesentliche Debatte. Damit ist der erste Teil der Vorlage, welcher die Gerichtsverfassung behandelt, erledigt. Es folgt der zweite Teil über das Verfahren. § 118 behandelt das Ablehnungsrecht des Angeklagten. Auf Antrag Gröber wird folgende Zusatzbestimmung getroffen: „Den zur Ablehnung Berechtigten sind auf Verlangen die zur Mitwirkung bei der Entscheidung berufenen Gerichtspersonen namhaft zu machen.“ § 119 lautet: „Die Ablehnung kann nur in der Hauptverhandlung geltend gemacht werden. Das Ablehnungsgeuch ist in erster Instanz nur bis zur Verkündung der Verfügung über die Anklageerhebung, in der Hauptverhandlung über die Verurteilung und die Revision nur bis zum Beginn der Berichterstattung zulässig.“ — Auf Antrag Gröber wird der erste Satz gestrichen und in dem zweiten nach dem Worte „Ablehnungsgeuch“ die Worte „wegen Beforgnis der Befangenheit“ eingeschaltet. Ferner beantragt Abg. Gröber in Konsequenz eines Reichstagsbeschlusses bei der bürgerlichen Strafprozessordnung, folgende neue Bestimmungen einzufügen: § 120. „Ist das Ablehnungsgeuch verspätet oder nicht unter Angabe und Glaubhaftmachung des Ablehnungsgrundes eingebracht worden, so hat das Gericht mit Einschluß des abgelehnten Richters das Ablehnungsgeuch als unzulässig zu verwerfen. In gleicher Weise kann das Gericht das Geuch verwerfen, wenn es einstimmig der Ansicht ist, daß dasselbe offenbar nur in der Absicht, das Verfahren zu verschleppen, eingebracht ist.“ § 121. Wird das Geuch nicht als unzulässig verworfen, so hat der abgelehnte Richter sich über den Ablehnungsgrund dienlich zu äußern. Ueber das Ablehnungsgeuch entscheidet das Gericht, welchem der Abgelehnte an-











Helena", "Die Großherzogin von Gersheim", "Die schöne Galathee" hat sie Tausende und Abertausende von Zuschauern entzückt und zur Bewunderung hingerissen. Mit den herrlichsten Ausdrucksmitteln begabt, beherrschte sie die schau- spielerische und gelungene Technik in seltener Weise und für die Offenbachianer besaß sie den trockenen Humor, die scharfe Ironie und die Berbe des Vortrags. Aber auch in literarischen Volksstücken waren ihr große Erfolge beschieden. Sie war eine der Ersten, die für Augengrubber energisch eintrat und dessen "Pfarrer von Kirchfeld" in Wien und bei all ihren Gastspielreisen zur Aufführung brachte. Für die "Therese Krone" ist ihre Leistung Tausenden von Darstellerinnen ein bewährtes Muster gewesen. Anfang der sechziger Jahre wandte sie sich dem französischen Salonstück und der Tragödie zu. In Rollen wie "Adrienne Lecouvreur", "Cigente" und "Iphigene" ließ sie erkennen, daß keine Regung der menschlichen Seele ihr fremd ist, und daß sie für jede Stimmung den rechten Ausdruck findet. In allen größeren Städten Deutschlands und der Vereinigten Staaten gab sie als Gast Proben ihrer glänzenden Begabung und erwarb sich Kränze und Gold in Fülle. Als Bühnenleiterin hat sie in Wien ihre reiche Erfahrung ausgenutzt. Vor fast einem Jahrzehnt glaubte sie der Kunst Valet sagen zu müssen, bevor diese sich von ihr verabschiede. Auch zog das Landleben sie an. Sie erwarb das Gut Rastendorf bei Klagenfurt, und da ihr so vieles im Leben gelungen war, meinte sie, es müsse ihr leicht werden, ein Gut mit Erfolg zu bewirtschaften. Auf dem landwirtschaftlichen Gebiete aber machte sie Mißsto und kehrte zur Kunst, ihrer ersten Liebe, zurück. Und diese Rückkehr wurde am Montag von den Berlinern mit Jubel aufgenommen.

Nach dem Berliner Tageblatt befinden sich unter den für die erste zum Herbst beginnende Saison im **Leipzig-Theater** im Berlin geplanten Novitäten Werke von Max Halbe, dem Dichter der "Jugend", von Ernst v. Holzogen und, wie zu erwarten stand, ein neues Drama von Hermann Sudermann, das den Titel "Stein unter Steinen" trägt.

Polizeipräsident v. Windheim ist ein verhältnismäßig junger Mann und daher von der Verkünderung der preuzischen Polizeibureaukratie noch ziemlich frei. Vom ersten **Auftreten der Yvette Guilbert** in Berlin berichtet die freisinnige Zeitung: "Der Polizeipräsident, der der Französin einige Lieder und Singspiele vom Repertoire geliehen hatte, war anwesend. Nachdem er Yvette gehört, küßte er ihr ritterlich die Hand und erlaubte ihr auch die bezaubernden Chansons in Berlin zu singen." "Benedictus" war reich, das einen solchen Sieg über das Preuzentum erlangen hat! Was wird aber die Staatsanwaltschaft dazu sagen?

### Der Geist der Zeit!

Wie so haben wir nicht zu kurz leben die Zeit!  
Hilfungen und Pflichten zu tun ist Pflicht!  
zu tun ist Pflicht, vor Arbeit und Mühe!  
zu tun ist Pflicht, vor Arbeit und Mühe!  
zu tun ist Pflicht, vor Arbeit und Mühe!  
zu tun ist Pflicht, vor Arbeit und Mühe!  
zu tun ist Pflicht, vor Arbeit und Mühe!  
zu tun ist Pflicht, vor Arbeit und Mühe!  
zu tun ist Pflicht, vor Arbeit und Mühe!  
zu tun ist Pflicht, vor Arbeit und Mühe!  
zu tun ist Pflicht, vor Arbeit und Mühe!  
zu tun ist Pflicht, vor Arbeit und Mühe!

### Technisches.

Ein neues **Webstoff-Erzeugnis**, welches in Belgien hergestellt wird, kommt jetzt auf dem deutschen Markt an.

Ein weitmäschiges Gewebe, wie Mousseline oder Tüll, wird mit Chromlein bestrichen, so daß die Maschen sich füllen, worauf das Ganze dem Sonnenlicht ausgesetzt wird. Dadurch wird der Chromlein wasserundurchlässig, worauf man das Gewebe auf beiden Seiten mit einer Lackfarbe oder einem Firnis anstreicht und dies öfter wiederholt. Dann kann man das Ganze mit Farbe bedrucken. Das so gewonnene, dem Linolein nicht unähnliche Erzeugnis ist biegsam, undurchsichtig und wasserundurchlässig; man kann es also mit kaltem Wasser abwaschen und es für Sonnenlächer, Schirme, Portieren u. verwenden.

Im Frühjahr dieses Jahres sollen bereits die Arbeiten an dem Bau des Kanals, der das **Baltische Meer mit dem Schwarzen Meere verbinden soll**, begonnen werden. Von Niga aus führt der Kanal, in dem eine Tiefe von 20 Fuß erreicht werden soll, durch die Dina in den Verisina-Flußweg und von dort in die Verisina, von wo er bei Schlobin in den Dnjepr übergeht und bei Cherson seinen Endpunkt erreicht. Die Arbeiten an der Ausbaggerung und die Verteilung der zahlreichen Stromschnellen des Dnjepr sollen bis zum Jahre 1902 ihren Abschluß finden. 209 Millionen Rubel sind für den Bau in Aussicht genommen. Auf dem ganzen Weg von Niga bis Cherson wird der Kanal elektrisch beleuchtet werden.

### Vermischte Nachrichten.

Ueber die **Missionstätigkeit unter dem Schutze der Bajonette** urteilt ein ausnehmer Mitarbeiter in der letzten Nummer der "Sibirischen Kultur" folgendermaßen: "Christentum unter dem Schutze von Kanonen verbreiten wollen bedeutet einen Rückfall in die Weltanschauung der Konquistadoren (die blutdürstigen Spanier, die Mexiko und Peru eroberten), welche längst überwunden ist. Einen Missionar, der ausgoß, um mit Einsetzung seiner Gesundheit und seines Lebens das zu verkünden, was ihm heilig ist, konnte man gelten lassen, aber ein Missionar, der unter militärischer Bedeckung sein Befehrwert unternimmt, wird zu einer höchst bedenklichen Erscheinung, weil Wadtmittel bei Befehlsmägen leicht mißbraucht werden. Uebrigens wird der militärische Schutz zum Schaden der Mission selbst ausfallen müssen, weil kein Gemeine mehr so naiv sein wird, anzunehmen, daß der Missionar auf den Schutz des Himmels vertraut, wenn er es nötig findet, im Schutze von Marine-Infanterie und unter den Wundungen von Schiffskanonen das Evangelium zu verkünden. Die Frage ist schon aufgeworfen worden, wie sich wohl eine deutsche Regierung zu chinesischen Missionaren stellen würde, die in Deutschland das Evangelium des Fö (Buddha) oder des Konfucius verkünden wollten. Wahrscheinlich würden sie als lästige Ausländer ausgewiesen werden, und das ist eine weinere bedenkliche Seite des Missionarwesens, das kriegerische Ueberlegenheit allein auch dazu berechtigen soll, einem schwächeren Volke ohne weiteres die Weltanschauung des Stärkeren aufzudrängen. Der Kulturfortschritt der Menschheit erhebt in Frage gestellt, wenn durch Kanonen und Bajonette über den Sieg von Welt-Anschauungen bestimmt wird."

Eine **Belohnung von jege und schreibe 2 Mark** ist einem Lokomotivführer für die Abwehr eines unabsichtlichen Unglücks zu teil geworden. Der Lokomotivführer Holmgren befand am 13. Dezember v. J. einen Güterzug von Jankenberg nach Leipzig. Zwischen den Stationen Jankenberg und Mochelna bemerkte er, auf der Heizerseite stehend, einen Schienenbruch. Schnell anspringen warf er

der mehrere hundert Meter weiter arbeitenden Stopfkolonnen einen Zettel mit seiner Wahrnehmung zu, worauf der fährdete Zug gestellt und die defekte Schiene ausgewechselt wurde. Diese Aufmerksamkeit des Lokomotivführers, welche eine Katastrophe glücklich abwandte, ist, der Deutschen Eisenbahn-Zeitung zufolge, jetzt mit ganzen 2 Mark belohnt worden.

Ein **Bantoffelheld**. In der Oberschlesischen Zeitung konnte man dieser Tage folgendes Inserat lesen: "In Familienangelegenheiten habe ich meine Frau Theresia Köstlich geb. Bannert, öffentlich beleidigt und leiste Abbitte. Juli Köstlich in Kösling". Wie rührend muß der Mann die Abbitte leisten, wenn er mit seiner Frau allein ist!

Die Frankfurter Zeitung teilt ein bemerkenswertes Schriftstück mit, das als eine der **ersten Kundgebungen des republikanisch gewordenen Mainz** zu betrachten ist.

Die Bürger und Bewohner wegen Abstellung aller Mensch und Bürger erniedrigenden Ausdrücke und Bittschriften, Vorstellungen und Berichten an irgend eine Verwaltung des Erzbistums Mainz und der Bistümer Worms und Speier.

Wir haben gleich bei Eröffnung unserer ersten Sitzung in den Bittschriften und anderen Papieren unserer Mitbürger Ausdrücke gelesen, die nur das Ohr eines Despoten oder schwachen Menschen ertragen kann, aber für jeden Mann welcher die Rechte und Würde des Menschen und freien Bürgers kennt, empörend sein müssen. Noch empörender aber müssen solche erniedrigende Ausdrücke im Ohr eines Beamten sein, der das Glück hat, nach den Grundsätzen und Rechten der fränkischen Nation für das Wohl und die Freiheit seiner Mitbürger zu arbeiten.

Ermindert euch, Mitbürger, daß wir Bürger sind, wie ihr, daß jeder Vorsteher des Volkes von euch bezahlt wird, und daß ihm die heilige Pflicht obliegt, eure Vorstellungen mit Bereitwilligkeit zu hören, dieselben mit Unparteilichkeit zu prüfen, und mit der strengsten Gewissenhaftigkeit nach den Gesetzen Recht zu sprechen. Laßt uns daher alle jene sflavischen Ausdrücke, als: Gnädigst, in Submision, unterthänigst, und alle übrigen, die einem freien Menschen und Bürger unanständig sind, aus allen Schriften (jeder Art) auf immer verbannen. Unsere Pflicht ist es (wir wiederholen es noch einmal), jeden Bürger, das heißt jeden Einwohner des Mainzer Landes, zu hören und wenn wir ja einen Vorzug vor euch haben: so ist es das süße Bewußtsein, als euer Beamter für das Wohl und die Freiheit unserer geliebten Mitbürger zu arbeiten.

Mainz, den 20. Novbr. 1792, im ersten Jahre der Franken-Republik.

Die Administration zu Mainz.  
Dorck, Präsident. J. M. Kiffel, Sekretär.

### Heiteres.

Er ist entschuldigt. Fröhlich spielt, während seine Mama Besuch empfängt, im Salon mit seinen Geschwistern, dabei entfährt ihm jenes Wort, das Götter, Verlichungen seinen Gegnern zugerufen hat. Die anwesenden Gäste blicken erstaunt zu der Kindergruppe hinüber, die Hausfrau aber sagt entschuldigend: "Verzeihen Sie, das ist das Einzige, was er von der deutschen Geschichte weiß."

**Parteigenossen! Seid unermüdet thätig für die Verbreitung der Volksstimme.**

# Wegen Umbaues Heim. Casper, 133 Breiteweg 133.

meines Geschäftsbetriebs räumungs- halber bedeutende Preis- ermäßigung für sämtliche Herren- u. Knaben-Garderoben.

## Buchhandlung Volksstimme

(Inhaber Bernhard Herzbaum).  
Gesamt: Donnerstags von 10 Uhr bis 12 Uhr, Samstags von 11-2 Uhr.  
Sonderausgaben: 10 Pf. bis 15 Pf.  
**Die deutsche Revolution**  
von Robert Blum und seine Zeit.  
10 Pf. bis 15 Pf.  
**Kindergarderobe.**

### Gesucht werden:

Kunstgewerblicher Arbeiter, der sich in der Kunst des Schnitzens auszeichnet. Lohn 12 Pf. bis 15 Pf. wöchentlich.

### Es suchen Stellung:

Kunstgewerblicher Arbeiter, der sich in der Kunst des Schnitzens auszeichnet. Lohn 12 Pf. bis 15 Pf. wöchentlich.

### Ständesamt.

Regierung, 10. Januar.

### Gebohren:

Am 10. d. M. um 10 Uhr: ein Knabe, 7 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 11. d. M. um 11 Uhr: ein Mädchen, 6 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 12. d. M. um 12 Uhr: ein Knabe, 8 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 13. d. M. um 1 Uhr: ein Mädchen, 7 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 14. d. M. um 2 Uhr: ein Knabe, 9 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 15. d. M. um 3 Uhr: ein Mädchen, 8 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 16. d. M. um 4 Uhr: ein Knabe, 10 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 17. d. M. um 5 Uhr: ein Mädchen, 9 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 18. d. M. um 6 Uhr: ein Knabe, 11 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 19. d. M. um 7 Uhr: ein Mädchen, 10 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 20. d. M. um 8 Uhr: ein Knabe, 12 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 21. d. M. um 9 Uhr: ein Mädchen, 11 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 22. d. M. um 10 Uhr: ein Knabe, 13 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 23. d. M. um 11 Uhr: ein Mädchen, 12 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 24. d. M. um 12 Uhr: ein Knabe, 14 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 25. d. M. um 1 Uhr: ein Mädchen, 13 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 26. d. M. um 2 Uhr: ein Knabe, 15 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 27. d. M. um 3 Uhr: ein Mädchen, 14 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 28. d. M. um 4 Uhr: ein Knabe, 16 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 29. d. M. um 5 Uhr: ein Mädchen, 15 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 30. d. M. um 6 Uhr: ein Knabe, 17 Pf. wöchentlich.

### Gebohren:

Am 31. d. M. um 7 Uhr: ein Mädchen, 16 Pf. wöchentlich.